



**BERENBERG**

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 23.01.2023

# Makroausblick 2023

**Jan** | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez



# Wichtige Informationen und Hinweise



**BERENBERG**  
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf [www.berenberg.de/glossar](http://www.berenberg.de/glossar) ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 23.01.2023

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise dominieren noch immer den Konjunkturausblick. Der Krieg drückt auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren. Er trägt zur anhaltend hohen Inflation bei. Die Sanktionen gegen Russland erweisen sich als zweischneidiges Schwert, weil sie in Europa zu einer ausgeprägten Energiekrise geführt haben. Die rigide Corona-Politik der chinesischen Regierung hat die Weltwirtschaft belastet. Nun lockert China aber seine strikte Politik, hat dafür aber mit rasant steigenden Infektionszahlen zu kämpfen. Die Lage bei den Lieferkettenstörungen hat sich inzwischen deutlich entspannt. Trotz dieser insgesamt schwierigen Gemengelage sieht es inzwischen danach aus, als würden die westlichen Volkswirtschaften schwere Rezessionen abwenden können.
- **Inflation:** Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Lage bei den Energiepreisen zeitweilig drastisch verschärft, sodass der allgemeine Preisauftrieb anhält. Inzwischen nimmt die Aufwärtsdynamik diesseits und jenseits des Atlantiks aber ab. Doch selbst nach einem Abflauen der Inflation dürfte die Teuerung nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation hat die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende gezwungen – trotz der negativen konjunkturellen Folgen des Krieges. Die US-Fed, die Bank of England, die Schweizer Nationalbank und schließlich auch die EZB haben die Zinswende eingeleitet und sie mit relativ großen Schritten fortgesetzt. Zuletzt haben sie das Tempo der geldpolitischen Straffung allerdings etwas reduziert.
- **Zinsen:** Schon lange gibt es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. Bis 2021 haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende aber noch verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen, sind die Marktzinsen – von temporären Rücksetzern unterbrochen – im vergangenen Jahr in die Höhe geschossen. In dem nun deutlich eingetrübten konjunkturellen Umfeld sind weiter steigenden Zinsen aber enge Grenzen gesetzt.

## USA wieder am Schuldenlimit

Die Staatsschulden der Vereinigten Staaten sorgen in diesen Tagen erneut für Schlagzeilen. In den USA gibt es eine politisch festgelegte Staatsschuldenobergrenze, die im Dezember 2021 um 2,5 Billionen auf insgesamt 31,4 Billionen US-Dollar angehoben wurde. Diese Marke ist nun erreicht, sodass die USA vorerst keine weiteren Schulden aufnehmen dürfen – bis sich die Demokraten und die Republikaner auf eine höhere Schuldengrenze geeinigt haben. Somit müssen bis dahin die Staatsausgaben aus den laufenden Einnahmen (Steuern, Abgaben) gedeckt werden.

Auch wenn in diesem Zusammenhang der Begriff des Staatsbankrotts wieder die Runde macht, droht den USA ein Staatsbankrott im ökonomischen Sinne trotz der horrend hohen Schulden derzeit nicht. Üblicherweise kommt es zu einem Staatsbankrott, wenn die Anleger das Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit eines Landes verlieren. Davon kann im Fall der USA keine Rede sein. Im Gegenteil: Letztes Jahr waren die USA angesichts der angespannten geopolitischen Situation einmal mehr als sicherer Anlagehafen gesucht. Die Vereinigten Staaten haben also keinerlei Probleme, Käufer für ihre Staatsanleihen zu finden. Wenn das Land nun wieder ans Schuldenlimit gerät, dann wegen einer selbst auferlegten Obergrenze. Wir sprechen also von einem etwaigen „technischen“ Staatsbankrott, dem kein Vertrauensverlust in die Schuldentragfähigkeit der USA zugrunde liegt.

Dass die USA den Zinsdienst nicht mehr leisten werden, kann nahezu ausgeschlossen werden. Das Finanzministerium wird einige kreative Buchhaltungstechniken einsetzen, die es der Regierung ermöglichen, den Betrieb fortzusetzen. Mitte des Jahres (im Juni oder Juli) wird dieses Vorgehen an seine Grenzen stoßen und der Kongress wird ein Gesetz zur Anhebung der Schuldenobergrenze verabschieden müssen. Dies wird eine kontroverse Debatte über Ausgaben, Steuern und Staatsfinanzen nach sich ziehen, alles vor der Drohkulisse eines „Shutdowns“ bei öffentlichen Dienstleistungen und einem möglichen Zahlungsausfall. Die Regierung wird aber trotzdem in der Lage bleiben, den Schuldendienst sowie grundlegende Dienstleistungen einschließlich der Verteidigung zu erbringen.

## Wichtige Termine: 23. bis 29. Januar 2022

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
PMI, Januar	Eurozone	24.01., 10:00	49,8	49,9	49,3
Ifo Geschäftsklimaindex, Januar	Deutschland	25.01., 10:00	90,0	90,1	88,6
BIP, Q4 (annualisiert)	USA	26.01., 14:30	2,6 %	2,6 %	3,2 %

## Eurozone

Die Inflation in der Eurozone ist im Dezember den zweiten Monat in Folge auf 9,2 % gesunken. Der Preisauftrieb lag dabei erneut unter der Reuters-Konsenserwartung von 9,7 %. Die Kernrate der Inflation – aus der die Energie- und Lebensmittelpreise herausgerechnet sind – ist hingegen von 5,0 auf 5,2 % gestiegen. Die Inflation breitet sich also auf mehr Waren- und Dienstleistungsgruppen aus.

Für die EZB gibt es somit noch keinen Grund zur Entwarnung, der Handlungsdruck ist weiter gegeben. Die Leitzinsen werden vorerst noch weiter steigen.

## USA

Die Konjunkturdaten sind (abgesehen vom Immobilienmarkt) noch vergleichsweise gut. Insbesondere der amerikanische Arbeitsmarkt bleibt recht stark. Dennoch erwarten wir, dass die US-Wirtschaft ab dem zweiten Quartal in eine leichte Rezession geraten wird. Für das Gesamtjahr 2023 erwarten wir ein Wachstum von 0 %, also Stagnation. Im darauffolgenden Jahr 2024 sollte die Wirtschaft wieder zulegen können. Wir halten dann etwas mehr als ein Prozent Wachstum für realistisch.

## Deutschland

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2022 preisbereinigt um 1,9 % gewachsen. Kalenderbereinigt stieg das BIP sogar um 2,0 %. Verglichen mit dem Jahr 2019, also dem letzten Jahr vor der Pandemie, lag die deutsche Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 um 0,7 % höher.

Gut lief es in den Dienstleistungsbereichen, die zuvor besonders stark unter den pandemiebedingten Beschränkungen gelitten hatten (z.B. Unterhaltungsbranche; Verkehr und Gastgewerbe). Schlecht lief es im Bausektor, der gleich verschiedene Belastungen zu verkraften hatte.

## China

Chinas Regierung hat auf die Proteste der Bevölkerung gegen das harte Corona-Regime reagiert. Die Corona-Politik wird gelockert. Auch die hohe Zahl der Neuinfektionen hat die bisherige Null-Covid-Strategie ad absurdum geführt. Nun könnte die Wirtschaft zunächst durch hohe Krankenstände belastet werden. Hinzu kommen die anhaltenden Probleme am Immobilienmarkt und die sinkenden Exporte. Diese Faktoren zusammengenommen dürften zu einem sehr schwachen vierten Quartal beim BIP beitragen.

# Eurozone

## Konjunktur- und Preisentwicklung

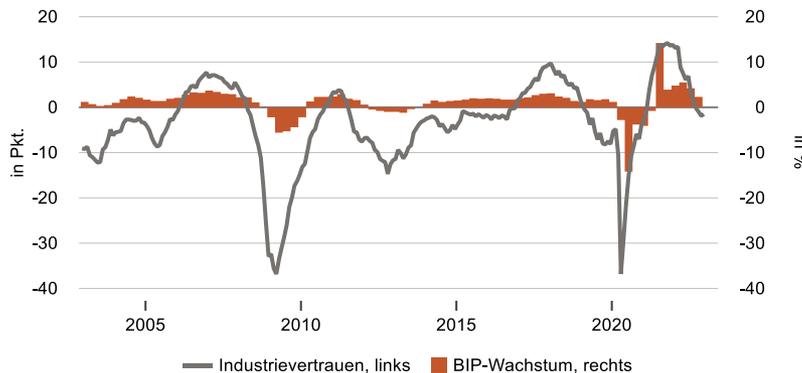


**BERENBERG**  
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

### Verbesserte Konjunkturaussichten

- Die deutschen BIP-Zahlen sind ein gutes Zeichen für die Eurozone. Da Deutschland den Risiken der Gas-Krise stärker ausgesetzt ist als die Eurozone insgesamt, dürfte die Wirtschaft der Eurozone noch etwas glimpflicher davonkommen als Deutschland. Wir haben unsere Wachstumsprognose für 2023 angehoben: Statt eines leichten Rückgangs um 0,2 % erwarten wir für die Eurozone nun ein leichtes Wachstum von 0,3 %.
- Stärkeres Wachstum bedeutet allerdings auch, dass der Preisauftrieb nicht so stark durch die eingetrübte Konjunktur gebremst wird. Die EZB ist dadurch stärker gefordert. Sie wird die Geldpolitik wohl noch etwas stärker straffen.

### Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



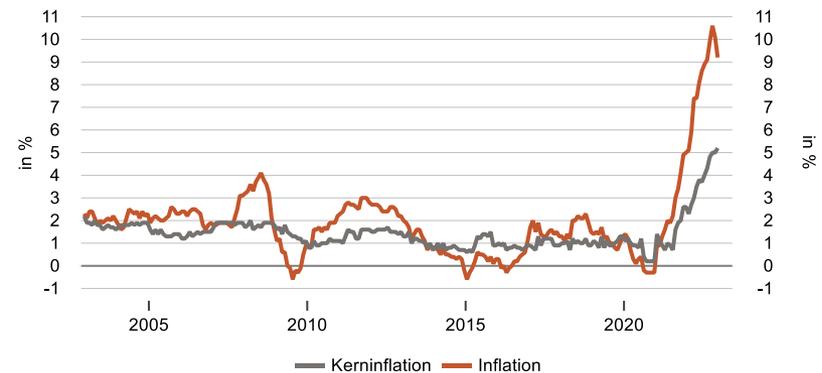
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2002 – 12/2022

### Inflation leicht gesunken – EZB strafft weiter

- Die Inflation in der Eurozone ist im Dezember den zweiten Monat in Folge auf 9,2 % gesunken. Der Preisauftrieb lag dabei erneut unter der Reuters-Konsenserwartung von 9,7 %. Die Bandbreite der Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedstaaten ist weiterhin groß. Sie reicht im Dezember von 5,6 % in Spanien bis zu 20,7 % in Lettland (beides im Vorjahresvergleich). Italien (+12,3 %) hat für Januar angekündigt, dass die regulierten Gas- und Strompreise deutlich sinken werden.
- Aufgrund der weiterhin hohen Inflationsraten in der Eurozone hat die EZB bereits weitere Zinserhöhungen angekündigt.

### Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2002 – 12/2022

# Deutschland

## Konjunktur- und Preisentwicklung

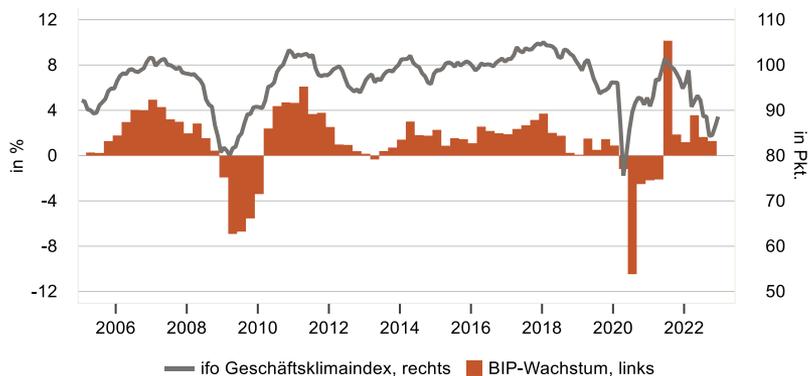


**BERENBERG**  
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

### ZEW-Index gestiegen

- Passend zur Börsenentwicklung der letzten Wochen und zu den verbesserten Konjunkturdaten ist der ZEW-Index gestiegen. Insbesondere die Erwartungskomponente hat kräftig zugelegt, von  $-23,3$  Punkten im Dezember auf  $16,9$  Punkte im Januar. Es war der vierte monatliche Anstieg in Folge. Die Bewertung für die aktuelle Lage hat sich dagegen weit weniger stark verbessert. Hier stieg der Wert lediglich von  $-61,4$  Punkten im Dezember auf  $-58,6$  Punkte im Januar.
- Insgesamt passen die ZEW-Daten zu unserem aktuellen Konjunkturmodell: Eine leichte Winterrezession (vielleicht sogar nur Stagnation) gefolgt von einem Aufschwung im Frühjahr/Sommer.

### Deutsches BIP und ifo Geschäftsklima



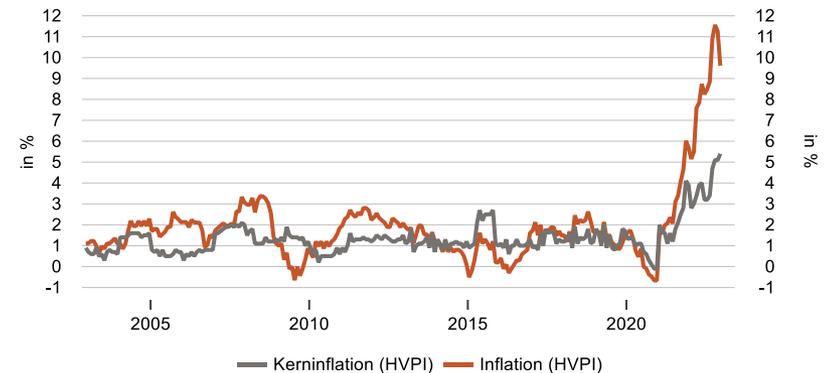
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2005 – 12/2022

### Inflationsrate sinkt aufgrund von Sondereffekt

- Die Verbraucherpreise (gemessen am VPI) sind in Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat um  $8,6\%$  gestiegen. Durch den Energie-Rabatt für Haushalte und Unternehmen im Dezember ist jedoch ein Rückgang von  $0,8\%$  zum Vormonat zu verzeichnen. Da es sich hierbei allerdings um eine einmalige Soforthilfe handelt, kann im Januar wieder mit einem Anstieg der Inflation gerechnet werden.
- Die Erzeugerpreise signalisieren nachlassenden Inflationsdruck. Im Dezember sind die Erzeugerpreise den dritten Monat in Folge gesunken, nämlich um  $0,4\%$ . Im Vorjahresvergleich sinkt die Zuwachsrates, sie ist mit  $21,6\%$  allerdings immer noch sehr hoch.

### Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2001 – 12/2022

# Großbritannien

## Konjunktur- und Preisentwicklung

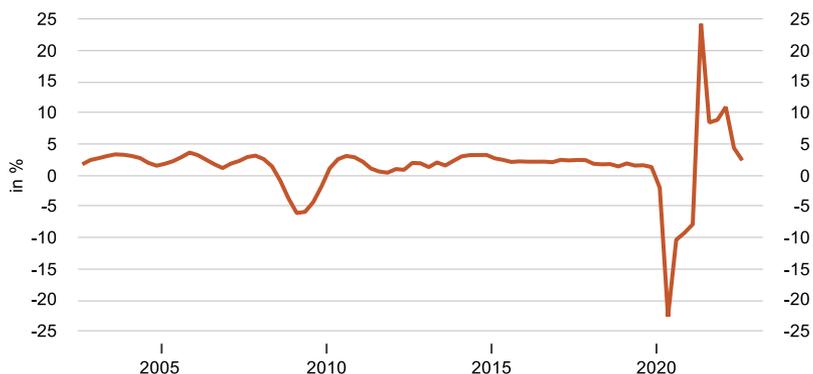


**BERENBERG**  
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

### Rezessives Umfeld

- Das Vereinigte Königreich befindet sich wohl bereits in einer Rezession – das reale BIP wird wahrscheinlich bis zum zweiten Quartal 2023 sinken. Da die hohen Ersparnisse der Haushalte, der starke Arbeitsmarkt und solide Unternehmensbilanzen die Wirtschaft stützen, könnte die Rezession relativ mild ausfallen.
- Aufgrund der Inflation sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftstoff) im Dezember um 1,1 % im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen. Auch das Verbrauchervertrauen ist im Januar auf –45 von –42 im Dezember gesunken und liegt damit deutlich unter dem von Bloomberg erwarteten Wert von –40.

### Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



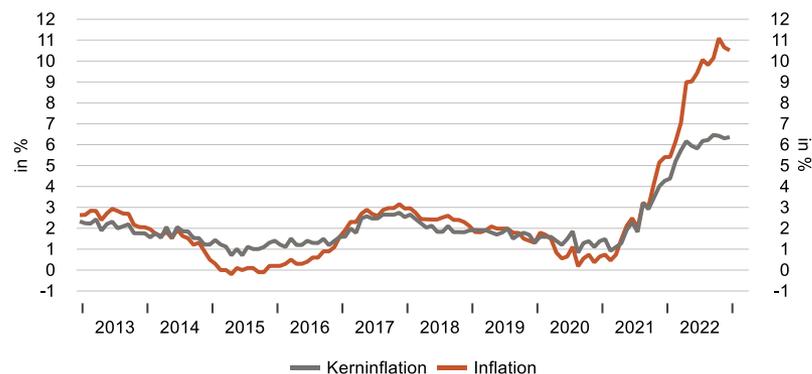
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 09/2002 – 09/2022

### Inflation: Höhepunkt überschritten?

- Die Inflationsrate ging im Dezember von 10,7 % im November auf 10,5 % im Vorjahresvergleich zurück. Im Vormonatsvergleich bleibt der Preisdruck jedoch weiterhin hoch. Die Inflation im Dienstleistungssektor ist auf 6,8 % im Dezember ggü. dem Vorjahr gestiegen. Der Anstieg der Warenpreise hingegen hat sich im Dezember auf 13,4 % im Vorjahresvergleich (von 14,0 % im November) verlangsamt.
- In ihrer Sitzung am 02. Februar wird die Bank of England (BoE) erneut über eine Zinsänderung entscheiden. Aufgrund der schwächelnden Wirtschaft erwarten wir einen Anstieg des Leitzins um nur 0,25 Basispunkten auf 3,75 %.

### Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2012 – 12/2022

# USA

## Konjunktur- und Preisentwicklung



**BERENBERG**  
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

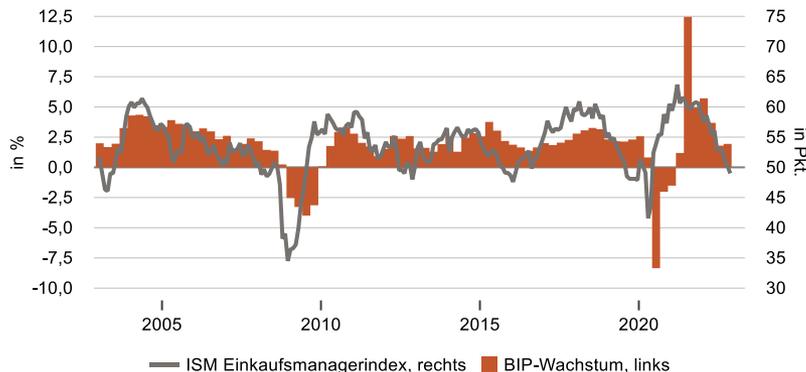
### Solide Daten, insgesamt starker Arbeitsmarkt

- Die Arbeitsmarktdaten für Dezember waren solide. Der Stellenzuwachs außerhalb des Agrarsektors ist mit rund 220.000 etwas höher ausgefallen als erwartet. Die Arbeitslosenquote ist wieder auf ihr Vor-Corona-Niveau von 3,5 % gefallen. Niedriger lag die Arbeitslosenquote zuletzt 1969 (mit 3,4 %). Das Lohnwachstum kühlt sich ab. Im Dezember lagen die Löhne um 4,6 % über dem Vorjahreswert (nach 4,8 % im November).
- Insgesamt ergibt sich ein Bild allmählich abkühlender Arbeitsnachfrage und eines erhöhten, aber moderaten Lohnwachstums.

### Weiterer Rückgang der Inflation

- Neben dem Verbraucherpreisindex ist auch der Produzentenpreisindex (PPI) im Dezember gesunken, um 0,5 % im Vergleich zum Vormonat. Der Kern-PPI (ohne Nahrungsmittel, Energie und Handelsdienstleistungen) ist im Dezember nur um 0,1 % im Vormonatsvergleich gestiegen, der geringste monatliche Anstieg seit November 2021. Die Entwicklung des PPI deutet auf eine weitere Verringerung des Inflationstempos hin.
- Wir gehen davon aus, dass die Fed in ihrer Sitzung am 31.01.2023/01.02.2023 den Leitzins um nur 0,25 Basispunkte anheben wird. In der Spitze dürfte der US-Leitzins bis Mitte des Jahres auf 5,00–5,25 % steigen.

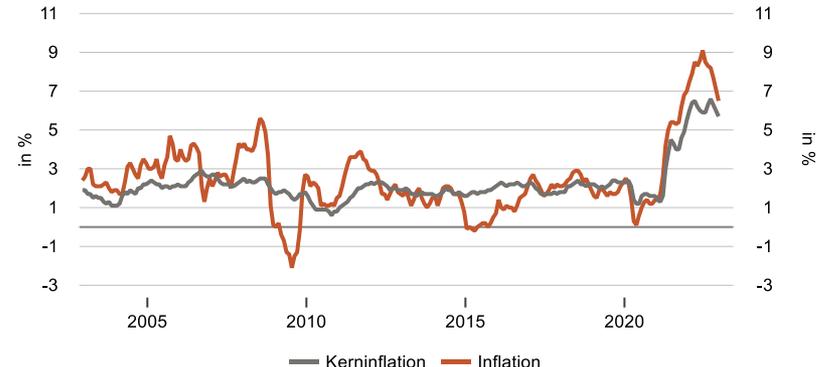
### USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2001 – 12/2022

### USA Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2002 – 12/2022

### Euro: Stück für Stück aufwärts

- In unsicheren Zeiten suchen Anleger sichere Häfen wie den US-Dollar. Treiben in 2023 keine neuen Katastrophen die Anleger in den US-Dollar, könnte die Aussicht auf einen abnehmenden Zinsabstand zwischen der US-Fed und der EZB dafür sorgen, dass der Euro sich bis Ende 2023 auf rund 1,15 zum US-Dollar erholt.
- Nachdem die Gemeinschaftswährung zum US-Dollar im Jahresverlauf 2022 zeitweilig deutlich unter die Parität gefallen war, ist der Wechselkurs inzwischen auf 1,09 US-Dollar je Euro gestiegen. Der Anstieg reflektiert die verbesserten Konjunkturaussichten in der Eurozone sowie die sinkende Wahrscheinlichkeit für die Risikoszenarien.

### Wechselkurs EUR/USD



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 01/2018 – 01/2023

### EUR/CHF: Kampf um die Parität

- Rund ein halbes Jahr lag der EUR/CHF-Wechselkurs unter der Parität. Jetzt konnte der Euro im Zuge seiner generellen Erholung gegenüber dem Franken bis zur Parität bzw. sogar etwas darüber steigen. Wie der US-Dollar wird auch die Schweizer Währung in Krisenzeiten stark nachgefragt. Da die Zeichen an den Finanzmärkten seit einigen Wochen auf Entspannung stehen, verliert der Franken auch einen Teil seiner Attraktivität.
- Die Schweizerische Nationalbank setzt beim Kampf gegen die Inflation allerdings auf einen starken Franken. Das Abwartspotential des Franken (bzw. Aufwärtspotential des Euro) ist deshalb wohl begrenzt.

### Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 01/2003 – 01/2023

# Kapitalmarktprognosen



**BERENBERG**  
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			20.01.2023	30.06.2023	31.12.2023
<b>Aktienmärkte</b>	USA	<b>S&amp;P 500</b>	3.972	4.150	4.300
		<b>DAX</b>	15.033	15.000	15.700
	Europa	<b>EURO STOXX 50</b>	4.119	4.100	4.250
		<b>MSCI Großbritannien</b>	2.230	2.250	2.350
<b>Rentenmärkte</b>	USA	<b>Fed Funds</b>	4,25-4,50	5,00-5,25	4,75-5,00
		<b>10 Jahre</b>	3,48	3,60	3,60
	Euroland	<b>Hauptrefinanzierungssatz</b>	2,50	3,75	3,75
		<b>10 Jahre*</b>	2,13	2,50	2,70
	Großbritannien	<b>Bank Rate</b>	3,50	4,00	3,50
		<b>10 Jahre</b>	3,34	3,50	3,20
<b>Währungen</b>	USA	<b>EUR/USD</b>	1,08	1,10	1,15
	Schweiz	<b>EUR/CHF</b>	0,99	1,00	1,02
	Großbritannien	<b>EUR/GBP</b>	0,87	0,85	0,85
	Japan	<b>EUR/JPY</b>	140	143	144

\*Bundesanleihen.



# Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
<b>Welt*</b>	100,0	3,0	1,6	2,3	2,6												
<b>USA</b>	23,7	2,1	0,4	0,9	2,4	8,0	3,8	2,6	2,4	3,6	4,3	4,8	4,3	-10,0	-6,8	-5,5	-3,6
<b>China</b>	18,3	3,0	4,2	4,1	3,9	2,0	2,5	2,3	2,3	4,1	4,1	4,1	4,2	-4,2	-4,0	-3,5	-2,5
<b>Japan</b>	5,1	1,2	1,5	1,2	1,6	2,5	2,5	1,2	0,8	2,6	2,4	2,4	2,4	-6,5	-5,3	-4,0	-3,0
<b>Indien</b>	3,3	8,0	6,5	6,7	6,0									-7,0	-6,5	-6,0	-6,0
<b>Lateinamerika</b>	5,2	2,5	1,0	2,4	2,5									-6,0	-5,5	-4,5	-4,5
<b>Europa</b>	26,2	2,9	-0,1	1,4	1,4												
<b>Eurozone</b>	15,0	3,4	0,3	1,5	1,5	8,4	6,5	2,4	2,5	6,7	6,9	6,5	5,9	-3,7	-3,2	-2,4	-2,1
<b>Deutschland</b>	4,4	1,9	0,0	1,5	1,5	8,7	6,5	2,4	2,5	3,0	3,3	2,9	2,5	-2,6	-2,0	-1,4	-1,1
<b>Frankreich</b>	3,0	2,6	0,3	1,6	1,7	5,9	5,4	2,2	2,5	7,3	7,1	6,4	5,4	-5,2	-5,3	-3,6	-2,9
<b>Italien</b>	2,2	3,8	0,0	1,1	1,1	8,7	7,4	2,3	2,5	8,1	8,2	7,5	6,3	-5,5	-5,0	-3,5	-2,5
<b>Spanien</b>	1,5	5,3	0,9	1,6	1,8	8,3	3,8	2,4	2,5	12,8	12,9	12,2	11,0	-5,1	-4,4	-3,1	-2,2
<b>Portugal</b>	0,3	6,6	0,5	1,8	1,7	8,1	5,8	2,3	2,4	6,0	6,6	6,3	5,9	-1,9	-1,8	-1,1	-1,0
<b>Anderes Westeuropa</b>																	
<b>Großbritannien</b>	3,3	4,1	-0,8	1,6	1,7	9,1	6,4	1,9	2,3	3,7	4,6	4,4	4,0	-7,7	-4,2	-3,5	-2,8
<b>Schweiz</b>	0,8	2,0	0,6	1,4	1,2	2,9	2,2	1,3	1,5	2,2	2,4	2,1	1,8	-0,4	-0,2	0,9	0,2
<b>Schweden</b>	0,7	2,8	0,0	1,7	1,6	8,0	6,0	2,2	2,4	7,4	7,9	7,5	6,8	0,0	0,0	0,2	0,4
<b>Osteuropa</b>																	
<b>Russland</b>	1,8	-4,0	-3,5	-1,5	-1,5	14,0	7,0	5,0	4,5	4,0	5,0	6,0	7,0	-2,5	-3,0	-2,5	-2,0
<b>Türkei</b>	0,8	5,0	2,5	2,5	2,0	73,0	45,0	25,0	20,0	11,0	10,5	10,5	10,5	-4,0	-4,5	-4,5	-4,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

\* Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2022.